

Schriftenreihe CAES | Band 1

Populismus! – Gefahr für die Demokratie in Europa?

Mit Beiträgen von

Prof. Dr. Reinhard Heinisch
Corinna Kartmann
Prof. Dr. Harald Welzer

Was ist Populismus?

Wie gefährlich sind diese antipluralistischen Tendenzen für die Demokratie?

Wie wollen wir in Europa mit Populismus umgehen?

Das **Center for Applied European Studies (CAES)** der Frankfurt University of Applied Sciences veranstaltete am 13. Juni 2018 ein Symposium zum Thema: „Populismus! – Gefahr für die Demokratie in Europa?“. Ziel des Symposiums war zum einen eine pluralistische Bestandsaufnahme und Analyse des Populismus vorzunehmen und zum anderen den Versuch zu unternehmen, Lösungskonzepte zu entwerfen, wie mit populistischen Bestrebungen demokratisch umgegangen werden kann.

PROF. DR. FRANK E.P. DIEVERNICH

Geleitwort

06

PROF. DR. DR. MICHEL FRIEDMAN

Vorwort

08

CORINNA KARTMANN

Populismus in Europa –

Ein wissenschaftlicher Diskurs ohne Handlungsstrategie?

10

PROF. DR. REINHARD HEINISCH

Die Populisten –

Von den Rändern ins Zentrum der Macht

16

PROF. DR. HARALD WELZER

Sich angegriffen fühlen –

Zur Verteidigung der offenen Gesellschaft

28

Anhang

38

Geleitwort

von

Prof. Dr. Frank E.P. Dievernich

Präsident der Frankfurt University of Applied Sciences

Hochschulen dürfen nicht schweigen. Sie müssen sich politisch organisieren und äußern, wenn es darum geht, die Existenzgrundlage, auf der sie fußen, zu sichern. Dabei ist deren Boden gleichzeitig jener, von dem unsere Gesellschaft getragen wird. Es geht um Freiheit, Autonomie und Erkenntnisgewinn. Das sind die Bestandteile, mit welchen wir uns als Menschen weiterentwickeln und vor allem zueinander in Kontakt treten können. Mehr denn je brauchen wir ein solches Verständnis, liegt das Erfolgsprogramm der Zukunft in Integration und eben nicht in Abgrenzung und Abschottung.

Von daher war es für uns Wagnis, Chance und Verpflichtung zugleich, als wir im Sommer 2016 das wissenschaftliche und interdisziplinäre Zentrum „Center for Applied European Studies (CAES)“ an unserer Hochschule mit dankenswerter Unterstützung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst gegründet haben. Als eine der internationalsten Hochschulen Deutschlands, angesiedelt in Frankfurt am Main als der internationalsten Stadt dieses Landes, und dank des Sitzes der Europäischen Zentralbank (EZB) zugleich eine der europäischen Hauptstädte, wollten wir für die Studierenden, aber vor allem auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und Region eine Plattform zur Verfügung stellen, um sich mit dem komplexen Gebilde Europa auseinander zu setzen. Unser Ziel war und ist es, Europas Facetten zu zeigen und dabei ins Bewusstsein zu heben, dass dieses Europa vor allem ein großes Demokratie-, Friedens- und Freiheitsprojekt darstellt. Bei allen Problemen, die die Koordination und Steuerung dieses Europas beinhaltet, dürfte die Lösung für seine Rettung nicht in einem Weniger, sondern in einem neu zu gestaltenden Mehr von Europa liegen. Dieses Mehr muss mit den Menschen erarbeitet, debattiert und erstritten werden.

Dass wir uns nun in dem ersten Band dieser Schriftenreihe mit dem Populismus beschäftigen, hat damit zu tun, dass dieser aktuell als ein (modernes) Gift der Kommunikation anzusehen ist, indem er die Komplexität der gesellschaftlichen und europäischen Verhältnisse negiert und dadurch die Menschen verführt, das Einfache zu glauben und zu denken. Den Preis dafür werden langfristig eben diese Menschen und wir alle zahlen. Komplexität kann nur, wollen wir sie handhaben, mit Komplexität begegnet werden. Das müssen wir lernen, auszuhalten. Möge diese Schriftenreihe dazu ihren Beitrag leisten.

Vorwort

von
Prof. Dr. Dr. Michel Friedman
Geschäftsführender Direktor des CAES

In Zeiten der Globalisierung, der Digitalisierung und großer Migrationsbewegungen stellen wir fest, dass deutliche Verschiebungen mit populistischen Inhalten, sowohl in den Mitgliedsländern der EU und damit auch innerhalb der politischen Gremien der EU, Realität geworden sind.

Sowohl in den Parlamenten als auch in der Exekutive sind rassistische, menschenfeindliche und antisemitische Diskriminierungen Bestandteil der politischen Strategie und des politischen Diskurses geworden. Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union betont die zivilisatorische Bedeutung, dass Menschen weder aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung diskriminiert werden dürfen. Doch in einigen Ländern Europas muss festgestellt werden, dass Diskriminierung in den politischen Alltag eingedrungen ist.

Mit unserer ersten Publikation wollen wir zu den Fragen, inwieweit Extremismus und Populismus Bestandteile der politischen Realität geworden sind, was genau darunter zu verstehen ist und wie damit umzugehen ist, eine Diskussionsanregung geben.

Die nächsten Jahre werden entscheiden, inwieweit die Grundwerte, auf die sich die Europäische Union selbst bezieht, aufrechterhalten und entwickelt werden. Die wichtigsten Säulen der Europäischen Union sind das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip und der Schutz der Menschenrechte. Uns erscheint eine Zukunft der EU nur möglich, wenn diese Prinzipien wieder gestärkt und durchgesetzt werden.

Populismus in Europa – Ein wissenschaftlicher Diskurs ohne Handlungsstrategie?

von

Corinna Kartmann

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Applied European Studies der Frankfurt University of Applied Sciences

„Populism is an unusual concept. Look at anything closely enough for a period of time and it will begin to seem unusual, but even the most cursory of glances at populism shows it to be out of the ordinary.“

(Taggart 2000: 1)

Was ist Populismus? In der gegenwärtigen wissenschaftlichen Debatte wird darüber gestritten, ob es sich bei Populismus um eine Ideologie, eine Strategie des Machterwerbs oder einen Stil der politischen Kommunikation handelt (vgl. z.B. Priester 2011; Mudde und Kaltwasser 2017). Auch stellt sich die Frage, ob es eine wirksame Populismusdefinition überhaupt geben kann? Der US-amerikanische Autor und Publizist John B. Judis (2016: 13) vertritt die Überzeugung, dass es ein Fehler der Wissenschaft sei, eine Definition zu formulieren und hierbei dem Populismus eine Reihe von allgemeingültigen Merkmalen zuzuschreiben.

Die Forschung konzentriert sich zunehmend auf die Suche und Formulierung des kleinsten gemeinsamen Nenners. Die Politikwissenschaftler Mudde und Kaltwasser (2017: 5-7) definieren Populismus als eine „dünne Ideologie“, die meist gemeinsam mit anderen Ideologien oder ideologischen Elementen auftritt. Jan-Werner Müller (2017: 129) hingegen lehnt den Ideologiebegriff ab, er spricht von einer „spezifische[n] und identifizierbare[n] inneren Logik“. Als Wesensmerkmale des Populismus führt Müller Antipluralismus und Antielitarismus auf. Es gebe einen Kernanspruch der Populisten und der laute:

„Wir – und nur wir – repräsentieren das wahre Volk“ (Müller 2017: 26). Populismusforscher sind sich weitgehend einig, dass der Populismus zwei homogene, gegnerische Gruppen konstruiert – das Volk und die Elite. Die Konstruktion des Volkes beinhaltet den Glauben an einen existierenden allgemeinen Volkswillen, dies führt zum Ausschluss allerjenigen Gesellschaftsgruppen, die den Volkswillen nicht teilen.

Während einige dafür plädieren, dass der Begriff Volk sich aufgrund seiner Bedeutungsleere nicht als Konzept eignet, argumentieren andere wiederum, dass gerade im Fehlen universaler Eigenschaften des sogenannten Volkes die Stärke des Populismus liegt (vgl. Laclau 2005; Mudde und Kaltwasser 2017). Priester (2012: 18) zufolge ist der Populismus „ein Chamäleon, das sich den Strömungen des Zeitgeistes anpasst“. Ist der Populismus erfolgreich aufgrund seines wandelbaren Charakters und somit seiner Anpassbarkeit (vgl. Taggart 2000; Heinisch und Mazzoleni 2017)? Die Vergangenheit zeigt, wie stark die Ausprägungen von Populismus vom jeweiligen politischen Kontext abhängen. Während Populismus in Nord- und Südamerika auf eine längere Begriffsgeschichte zurückblickt, wird er in Europa spätestens seit Mitte des 20. Jahrhunderts als politisches Schlagwort verwendet (Mudde und Kaltwasser 2017). In den meisten Fällen negativ konnotiert. Unter anderem richtet sich dieser gegen die Europäische Integration. Der Politikwissenschaftler Colin Crouch spricht nach den Bundestagswahlen, und dem Einzug der AfD in den Bundestag, sogar von einer „Europäisierung des Populismus“ (Hesse 2017). Hartleb (2017) zeichnet das Bild eines Überschwappens des Populismus aus den USA nach Europa und somit einer „Trumpetisierung“ der europäischen Politik.

Jörke und Selk (2017: 32-41) definieren drei Wellen des Populismus in Westeuropa, beginnend in den 1950ern. Die erste Welle, der sogenannte Poujadismus, begann in den 50er Jahren in Frankreich sowie in den 70er Jahren in Skandinavien mit dem Aufkommen von kleinbürgerlichen Steuerprotestparteien. Es handelte sich um einen „Populismus der Mitte“, der sich in Frankreich beispielsweise gegen die Pariser Eliten wie Staatsbedienstete, Intellektuelle und große Unternehmen richtete. Erst im Zuge der zweiten

Welle, Ende der 1980er Jahre, entstand eine überwiegend rechtspopulistische Strömung. In diese Welle können unter anderem die norwegische Fortschrittspartei (FRP), der Front National (FN) oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) eingeordnet werden. Diese nun rechtspopulistische Ausprägung war charakterisiert von zunehmend fremdenfeindlichen Elementen wie Rassismus und Antisemitismus. Die Populisten begannen ihren Unmut hinsichtlich einer Fremdbestimmung durch die EU, einer Überfremdung der Gesellschaft sowie einer neoliberalen Wirtschaftspolitik kundzutun. Nach Ausbruch der Finanzkrise 2008 begann die dritte Welle. Die Rechtspopulisten in Nord- und Westeuropa entwickelten primär Anti-EU- sowie Anti-Islam-Haltungen. Die neue „winning formula“, wie Jörke und Selk (2017: 41) die Ausrichtung der Populisten nennen, war eine zunehmend „sozialprotektionistische globalisierungskritische Agenda“ gepaart mit lauter Kritik an der EU.

Ist der erstarkende Populismus in Europa das Ergebnis der medial verbreiteten Krisen Europas? Die wissenschaftliche Betrachtung der Entwicklungen ab 1950 zeigt, dass die Finanzkrise nicht der Auslöser für den Aufschwung des Populismus in Europa war (vgl. Kriesi und Pappas 2016; Jörke und Selk 2017). Kriesi und Pappas (2016: 2) argumentieren, dass der Populismus ein Ergebnis von Defiziten der repräsentativen Demokratie ist. Für die Zukunft Europas und die Entwicklung der politischen Landschaft sollten wir uns fragen: Wie gefährlich sind diese antipluralistischen Tendenzen für die Demokratie? Wie wollen wir in Europa mit Populismus umgehen? Müssen wir ihm den Kampf ansagen? Und um welchen Kampf handelt es sich? Können und müssen wir Voraussetzungen schaffen, damit populistische Gruppierungen erfolglos bleiben? Oder sollte man den rechten Populisten als Korrektiv, um bestehende Strukturen der EU aufzubrechen und „demokratischer“ zu organisieren, dankbar sein (vgl. Guérot 2017)?

Führt die unscharfe Verwendung des Begriffs Populismus, und die mangelnde Abgrenzung von anderen politischen Phänomenen, zu zunehmenden Unklarheiten in der wissenschaftlichen Debatte? Heinsch und Mazzoleni (2017: 106) warnen vor einer zu weitgefassten Definition des Populismus,

die es erlaube Populisten von Nicht-Populisten zu unterscheiden, die sich jedoch nicht eigene, um unterschiedliche populistische Strömungen miteinander zu vergleichen. In der fragmentierten sozialwissenschaftlichen Debatte rund um das Phänomen Populismus mangelt es derzeit nicht nur an einer Definition, sondern auch an konkreten Handlungsempfehlungen. Der Populismus fordert die Wissenschaft heraus. Diese scheint auf dem Weg zu einem kleinsten gemeinsamen Nenner, jedoch noch weit entfernt von einer weitgehend anerkannten Definition. Anstatt des endlosen Strebens nach einer konsensfähigen Definition des Populismus, bedarf es allerdings auch den Versuch Lösungskonzepte zu entwerfen, wie mit populistischen Bestrebungen demokratisch umgegangen werden kann. Sollen Populisten als politische Gegner ausgegrenzt und ignoriert oder soll diesen konfrontativ begegnet werden? Die Populisten schaffen eine Ausgrenzungsgesellschaft. Es ist daher fraglich, ob auch etablierte politische Parteien ausgrenzen sollen, in dem sie den Diskurs mit Populisten meiden und es so den Populisten gleichtun (Müller 2017: 131).

Die Unwägbarkeiten der wissenschaftlichen Debatte finden sich im öffentlichen Diskurs in Europa wieder. Das Phänomen Populismus wird in der Gesellschaft undifferenziert betrachtet, in Europa weitestgehend mit Rechtspopulismus gleichgesetzt und im Alltagsdiskurs unreflektiert und zumeist als Schimpfwort angewendet. Medien, Politik sowie Bürger/-innen bewegen sich orientierungslos durch die Populismusdebatte. Auch wenn es sich bei Populismus um ein wandlungsfähiges, kaum zu fassendes und kontextgebundenes Phänomen handelt, ist es nicht ausreichend ausschließlich auf die Komplexität des Begriffes hinzuweisen. Es ist insbesondere wichtig die soziologischen Mechanismen verstehen zu lernen, die zu einer zunehmenden Befürwortung von Populisten seitens der Bürger/-innen Europas führen. Und daraufhin die Frage zu stellen: Wie sollen wir mit Populismus demokratisch umgehen? Bereits die Europawahl 2014 zeigte, dass Populismus kein Randphänomen mehr ist. Für Großbritannien, Frankreich und Dänemark sind die Parteien mit europakritischen rechtspopulistischen Einstellungen: die United Kingdom Independence Party (UKIP), der Front National (FN) und die Dänische Volkspartei (DF) jeweils stärkste politische Kraft im

Europäischen Parlament. Mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist auch erstmals eine deutsche rechtspopulistische Partei in das EU Parlament eingezogen. In Anbetracht des Ausgangs der diesjährigen Parlamentswahl in Italien, die in der Bildung einer populistischen europaskeptischen Koalitionsregierung, bestehend aus der Fünf-Sterne-Bewegung und der Lega Nord, resultierte, bleibt nicht mehr viel Zeit bis zur nächsten Europawahl 2019. Werden mehr oder weniger Populisten nächstes Jahr in das Europäische Parlament einziehen? Wird es Politik, Medien, Wissenschaft und Gesellschaft bis dahin gelingen, ein Bewusstsein der Ursachen und Auswirkungen des Populismus herzustellen sowie eine gemeinsame Handlungsstrategie im Umgang mit Populisten zu entwickeln?

Literatur

- Guérot, Ulrike (2017): *Der neue Bürgerkrieg. Das offene Europa und seine Feinde*, Berlin: Ullstein Verlag.
- Hartleb, Florian (2017): *Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Heinisch, Reinhard und Oscar Mazzoleni (2017): Analysing and Explaining Populism: Bringing frame, actor and context back in, in: Reinhard C. Heinisch, Christina Holtz-Bacha und Oscar Mazzoleni (Hrsg.), *Political Populism. A Handbook*, Bd. 3 GA, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 105-122.
- Hesse, Michael (2017): Interview mit Prof. Dr. Colin Crouch „Das Parteiensystem ist am Ende“. *Frankfurter Rundschau*, Ressort Kultur, 27.09.2017 – 12:05 Uhr, online unter: <http://www.fr.de/kultur/interview-das-parteiensystem-ist-am-ende-a-1358191>, Zugriff: 27.06.2018.
- Jörke, Dirk und Veith Selk (2017): *Theorien des Populismus zur Einführung*, Hamburg: Junius Verlag.
- Judis, John B. (2016): *The Populist Explosion: How the Great Recession transformed American and European Politics*, New York: Columbia Global Reports.
- Kriesi, Hanspeter und Takis S. Pappas: Populism in Europe during Crisis: An Introduction, in: Kriesi, Hanspeter und Takis S. Pappas (Hrsg.), *European Populism in the Shadow of the Great Recession*, Colchester: ECPR Press, S. 1-19.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*, London: Verso.
- Mudde, Cas und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017): *Populism. A Very Short Introduction*, Oxford: University Press.
- Müller, Jan-Werner (2017): *Was ist Populismus? Ein Essay*, 5. Aufl., Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Priester, Karin (2011): Definitionen und Typologien des Populismus, in: *Soziale Welt*, Nr. 62, S. 185-198.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Taggart, Paul (2000): *Populism*, Philadelphia: Open University Press.

Die Populisten – Von den Rändern ins Zentrum der Macht

von

Prof. Dr. Reinhard Heinisch

Professor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg

Was haben die Wahlen in Österreich, Ungarn und Italien, die Tweets Donald Trumps zu Rechtsstaat oder Außenhandel, die Aussagen Viktor Orbáns zu Demokratie, oder die Parlamentsauftritte der AfD alle gemeinsam? Sie alle weisen vor allem auf einen eklatanten Verlust der politischen Mitte hin und zielen auf zentrale Pfeiler, die das politische System westlicher Demokratien kennzeichnen.

Heute sind wir Zeugen des rasanten Aufstiegs von Bewegungen und Politiker/-innen, die vornehmlich an Emotionen appellieren, vor allem an Wut, Furcht und Missgunst – die Wut auf „die da oben“, die Furcht vor „den anderen“ und die Missgunst gegenüber denen, die dir vermeintlich was wegnehmen wollen.

Politische Gegner werden wieder zu Feinden und Verrätern, die es zu vernichten gilt – ein früher Vertreter dieses Trends und Landsmann von mir, der ehemalige Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs Jörg Haider sagte einmal in Anspielung an die politischen Farben in der Alpenrepublik: „Wir in der FPÖ sind die Blausäure, mit der wir die roten und schwarzen Filzläuse vertilgen werden“. Donald Trump rief dazu auf, seine demokratische Gegenkandidatin einzusperren und bei so mancher Leipziger Demonstration im Vorjahr fanden sich Plakate, die die Kanzlerin an den Galgen wünschten. Der Verfall der politischen Sitten und die Verrohung des politischen Diskurses werden durch die systemische Logik der sozialen Medien um ein Vielfaches verstärkt und so Teil der neuen Normalität. Dies verweist auf eine nachhaltige Änderung der Parteiensysteme in westlichen Demokratien.

Nicht alle diese Manifestationen des Ungeistes sind – wenn wir das Gesamtbild betrachten – der radikalen Rechten geschuldet und nicht alle diese Politiker und

Gruppen lassen sich unter dem Begriff des Populismus verorten. Ja im Gegenteil, wenn – wie in den Medien oft der Fall – alles als populistisch apostrophiert wird, dann ist natürlich nichts mehr populistisch. Ein Begriff behält seinen Sinn nur, wenn er der analytischen Unterscheidung dient.

Dennoch trifft das Phänomen des radikalen Rechtspopulismus auf die meisten der gegenwärtig aufstrebenden Parteien und Politiker in West, Mittel- und Osteuropa zu, wie auch in den USA. Lediglich in Lateinamerika und in Südeuropa sehen wir klare Tendenzen eines radikalen Linkspopulismus.

Im übrigen Europa erleben wir Wahlsiege rechter Parteien und Politikern neuen Typs! Sie zeichnet aus, dass sie liberale Prinzipien in Frage stellen, Tabubrüche und radikale Aussagen begehen und zwar im Namen des „wahren“ aber „vergessenen Volkes“.

Was ist nun Populismus und was macht Populisten so erfolgreich?

Zunächst muss man drei grundlegende Populismusbegriffe unterscheiden, die sich wiederum in diverse Unterbegriffe teilen lassen, auf die ich hier jedoch nicht weiter eingehen möchte:

Es gibt den Populismus als politischen Stil, den Populismus als (Mobilisierungs-)Strategie, und den Populismus als „dünne“ Ideologie. Wenn wir hier vom Aufstieg des Populismus und von den Triumphen populistischer Parteien und Politiker sprechen, meinen wir in der Regel den Populismus als Ideologie. Dies sollte man vom Populismus als Stil und Strategie trennen, weil sonst falsche Vergleiche gezogen werden.

Der Populismus als Stil ist der typische Stil der Stammtisch-Politiker, die mit markigen Sprüchen dem Volk aufs Maul schauend Deftiges von sich geben. Viele Politiker auch von anno dazumal, wie Franz Josef Strauß, fallen uns hierzu ein. Amerikanische Wahlkämpfe waren etwa seit den Gründerzeiten geprägt von überzogenen Behauptungen, stilistischen Dramatisierungen und verbalen Schaukämpfen, dennoch galt für die amerikanische Politik wie auch für die CSU, dass das bestehende liberaldemokratische System sowie seine Institutionen und Spielregeln nie in Frage gestellt wurden. Als populistische Strategie versteht man es, wenn eine im We-

sen nicht populistische Partei eine auf emotionale Mobilisierung abzielende Kampagne startet und dabei mit krassen Übertreibungen und Polarisierung operiert, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Beispielsweise hatten die österreichischen Grünen Plakatkampagnen, die suggerierten die EU würde unter dem Einfluss der Agrarlobbys von Hobbygärtnern gezüchteten Tomaten verbieten und die Österreicher dazu nötigen, durch das geplante TTIP Handelsabkommen US-amerikanische Chlorhühner zu essen. All dies mag durchaus irreführend und verwerflich sein, sollte jedoch vom Populismus als Ideologie unterschieden werden.

Beim Populismus als Ideologie geht man von den folgenden Annahmen aus: Allen Populismen gemein ist der ständige Bezug auf eine abstrakte und nicht näher definierte Konzeption von „Volk“, das zumeist als gut, wahrhaft, rein, rechtschaffen dargestellt wird. In jedem Fall wird das Volk als Einheit weitgehend ohne Klassen, Interessensunterschiede und interne Gegensätze verstanden. Es ist homogen und hat quasi einen Willen – den Volkswillen – den die Populisten als einzige zu verstehen und repräsentieren vorgeben. Das Volk besteht also nicht nur aus den Werktätigen wie bei den Marxisten oder gar allen Staatsbürgern wie bei den Liberalen, sondern es handelt sich um eine breite amorphe Masse, die viele einschließt aber bestimmte Gruppen, egal ob Staatsbürger oder nicht, bewusst ausschließt. „Echte Kärntner“, „anständige Österreicher“, „hartarbeitende Menschen“ oder „Heartland Americans“ sind beliebte Begriffe der Populisten. Die Absurdität dieser Termini lässt sich erahnen, wenn man fragt, wo denn genau in den USA das Heartland beginne, oder wer die unechten Österreicher seien. Beispielsweise verfocht die italienische Lega Nord lange das Ziel der Unabhängigkeit eines fiktiven Norditaliens, das sie Padanien nannte, doch konnte sie nie genau sagen, wie weit nach Süden dieses Padanien eigentlich reichte.

Dem nebulösen Volksbegriff der kleinen und rechtschaffenen, hartarbeitenden und altansässigen Leute steht ein anderer ebenso diffuser Feindbegriff gegenüber: Es sind die das Volk bedrohenden Eliten und Außengruppen. Diese Eliten sind wahlweise die politische Klasse, die Regierung, die etablierten Parteien, das Establishment, die Oberschicht, die Manager und Bankiers, Brüssel, internationale Organisationen, NGOs aber auch ganz besonders die liberalen Medien und die Justiz. Zu den Volksfeinden zählen je nachdem auch Außenseitergruppen wie Minderheiten,

Immigranten, Moslems, Juden, Künstler oder wer auch immer als außerhalb der Gemeinschaft stehend wahrgenommen wird.

Die Eliten oder die Außengruppen rauben dem Volk seine Souveränität und zwingen diesem eine den Eliten dienende Agenda auf. Dies mögen eine liberale Wirtschaftsordnung sein, Einwanderungsgesetze, das Einhalten internationaler Verpflichtungen oder das Schließen von politischen Kompromissen.

Somit definiert sich der Populismus als Ideologie durch die Behauptung eines grundsätzlichen Gegensatzes zwischen einem wahren und homogenen Volk und einer üblen Elite. Um dieses Volk zu schützen seien auch radikale Maßnahmen vertretbar, zumindest aber bedürfe es eines radikalen Kurswechsels. Populisten treten zunächst als erfolgreiche Change Agents auf, also als Akteure, die glaubhaft einen radikalen Wandel versprechen.

Erst in zweiter Linie verbindet sich der ideologische Populismus mit anderen Ideen und Konzepten der Linken oder Rechten, also mit Wirtsdeologien, die aus dem Populismus einen Links- oder Rechtspopulismus machen und diesem eine Programmatik und eine Stoßrichtung vorgeben. Wie alle Ideologien besagt auch der Populismus, wo das Problem liegt! Wer schuld ist! Und was zu tun ist!

Im Rechtspopulismus verbinden sich Populismus und radikale, rechte Vorstellungen von der Welt:

Die radikale Rechte steht gegen die Tradition der Aufklärung mit ihren Prinzipien des Liberalismus, Universalismus und Humanismus und vertritt den Glauben an eine Hierarchie der Menschen aufgrund biologischer, rassistischer oder kultureller Unterschiede. Diese wiederum begründen unterschiedliche Wertigkeiten und Anerkennungsforderungen. Doch im Gegensatz zur alten Rechten, die solchermaßen noch ihre intellektuelle, kulturelle und politische Hegemonie rechtfertigte, wie etwa Kolonialismus und Lebensraum, bedient die neue Rechte diese Ideen, um kulturelle Autonomie und Selbstbestimmtheit zu betonen. Der Rassismus, die Fremdenfeindlichkeit und der kulturelle Relativismus der alten Rechten wurden somit wiederbelebt, um die Unantastbarkeit des eigenen Ethnos zu propagieren.

In der Regel wird eine idyllische und idealisierte Gemeinschaft beschworen, in der die ethnisch und kulturell einst noch unverfälschte, angestammte Bevölkerung harmonisch und sich geborgen fühlend zusammenlebte, bis dann die Modernisierung und Internationalisierung und somit alles Übel über sie hereinbrach – Trump sagte beispielsweise, dass das Amerika des Jahres 1958 seinen Idealvorstellungen nahe komme. Dass damals Schwarze massiv unterdrückt wurden, Lynchmorde in den Südstaaten noch vorkamen und Frauen von politischen Entscheidungen praktisch ausgeschlossen waren, wird in diesen idealisierten Rückblicken ausgeblendet.

Im Gegensatz zu extremistischen Gruppierungen wie Hooligans und Neonazis, sind die Rechtspopulisten in der Regel nicht gewaltbereit und auch nicht formal anti-demokratisch. Also sie fordern nicht zum gewaltsamen Umsturz des Systems auf – ja in vielen Fällen wollen sie sogar eine direkte Demokratie ausbauen. Zum anderen sind sie auch nicht besonders dogmatisch. Im Gegenteil, Populisten sind oft höchst opportunistisch, flexibel und wandlungsbereit. Sie passen sich an das Umfeld an und ändern ihre Aussagen, wenn notwendig. Mal sind die Feinde die Ausländer, mal die Bankiers, mal sind es die „Emanzen“, die den Frauen „unnatürliche Werte“ einreden würden, dann wiederum ist es der Islam, der „unsere“ emanzipierten Frauen bedroht. Die FPÖ war für die EU und dann gegen sie, antiklerikal und neuerdings prokatholisch, antisemitisch und jetzt ein Bewunderer Israels, früher pro-amerikanisch und jetzt pro-russisch. Populisten spalten sich oft aufgrund interner Konflikte. Bei der FPÖ liegt die letzte Spaltung – zwar auf regionaler Ebene – gerade einmal 3 Jahre zurück und bei der AfD ist sie quasi ein Dauerzustand. Daher ist die formale Programmatik dünn, zu vielen Punkten haben diese Parteien wenig zu sagen und keine Position. Damit kann man sie auch knacken. Stattdessen versuchen Populisten den Diskurs auf ihre Themen – Migration, Islam, Schröpfung des „kleinen Mannes“ etc. – zu lenken.

Die elastische Positionierung ermöglicht es den Populisten, breite Wählergruppen anzusprechen. Ihre Bereitschaft zu unkonventionellen Politikformen und Politikern neuen Typs tun ein Übriges. Dennoch bietet die Programmatik Widersprüchliches, also Versprechungen, Vorhaben zu verwirklichen, die einander widersprechen. Dies führt auch oft zu Problemen und einer gewissen Entzauberung, wenn sie in Regierungsverantwortung kommen und diese Versprechungen umsetzen müssen.

Nach ihrer Entstehungsphase, die von den späten 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis ins erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends dauerte, bewegen sich nunmehr populistische Parteien von den Rändern her ins Zentrum der politischen Macht. Dies geschieht auf unterschiedliche Weise:

- Die Mitte schwindet im Sinne, dass den Zentrumsparteien die Wähler davonlaufen, wie dies in Italien geschehen ist.
- Die Mitte steht einer radikaleren Alternative gegenüber und der politische Wettbewerb reduziert sich somit auf einen Schlagabtausch zwischen Radikalen und Gemäßigten, wobei letztere nicht immer gewinnen können und die Rechtspopulisten infolge auch an die Macht kommen, wie etwa in Polen.
- Eine staatstragende Partei wird von Radikalen von innen heraus übernommen, wie dies Donald Trump bei den Republikanern vorführte.
- Eine ehemals gemäßigte Partei driftet im Wettstreit mit radikalen Kleinparteien selber immer mehr ins radikale Eck, wie etwa Viktor Orbán und seine Partei Fidesz in Ungarn zeigen.
- Es kommt zu einer Koalition zwischen einer bürgerlichen Partei und den Rechtspopulisten, wie dies in Österreich bereits zweimal geschehen ist.

Gleichzeitig werden die Veränderungen auf nationaler Ebene auch auf der europäischen Ebene Konsequenzen haben: Man rechnet, dass im nächsten EP mehr als 25% der Sitze von euroskeptischen und populistischen Parteien eingenommen werden, während es zu einem dramatischen Einbruch beider gemäßigten Linken kommen könnte.

Welche Ausprägungen hat der Populismus in Europa?

Wie erwähnt, finden wir in West- und Nordeuropa einen bestimmten Typus des Rechtspopulismus, in Mittel- und Osteuropa einen anderen Typus, während wir in Südeuropa verschiedenen Formen des Linkspopulismus begegnen.

In Westeuropa gibt es radikale, rechtspopulistische und antisystemische Protestparteien. Diese Gruppierungen liegen heute zwischen 8% und knapp 30% je nach Wahl, nationaler Themenlage und nach Anzahl der Parteien im Parteiensystem. Bei diesen handelt es sich entweder um bereits lange etablierte Kleinparteien, die sich dann radikalisierten oder um sogenannte persönliche Parteien. Letztere wurden in der Regel von charismatischen Individuen geformt, wie etwa die FN durch Le Pen, die Partei der Freiheit durch Geert Wilders oder die Lega Nord durch Umberto Bossi. Oder es handelte sich um ehemals nationalistische Parteien, die sich infolge immer stärker den neuen populistischen Themen wie Immigration hin öffneten, wie etwa der belgische Vlaams Blok/Belang.

Was sich in Westeuropa herausbildete, war das klassische Muster der Parteiensysteme mit den etablierten Zentrumsparteien auf der einen Seite und der erstarkenden radikalen Außenseiterpartei, auch Ghettopartei genannt, auf der anderen. Diese war von den etablierten Kanälen der Macht abgeschnitten. Um sich um ihre Wähler/-innen zu kümmern, musste sie sich kreative, neue Kommunikationswege einfallen lassen. Wenn sie erfolgreich sein wollte, musste sie geschickt sogenannte „winning formulas“ anwenden, also Bereiche thematisieren, die für andere Tabu waren und sie musste für eine aufregende, unterhaltende und unkonventionelle Art der Politik sorgen. Ihre Führungsfiguren waren die klassischen Anti-Politiker oder Politiker neuen Typs wie eben Haider, Le Pen, Blocher oder Bossi. Was diese Parteien verbindet, ist extreme Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Euroskeptizismus und Nativismus.

In Osteuropa ist die Situation komplexer. Dort ist die Parteienlandschaft fluide und die Grenzen zwischen etablierten und neuen Außenseiterparteien fließend. Soziokulturelle und nichtaufgearbeitete ethnische Konflikte sowie die Überzeugung vom Westen kulturell wie wirtschaftlich bevormundet zu werden, führen zu einer bunten Landschaft mit diversen Rechtsparteien, die miteinander in Konkurrenz stehen. Dort haben sich infolge auch die großen Mitterrechtsparteien immer stärker nach rechts entwickelt, wie etwa Orbáns Fidesz in Ungarn, bzw. entstanden rechts der Mitte rechtspopulistische Großparteien wie etwa die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ in Polen.

Eine besondere Rolle spielte hierbei der späte EU-Beitritt jener Länder, bei dem jeweils das politische Establishment harte wirtschaftliche Beitrittsbedingungen zu verantworten hatte, wobei sich infolge dann neue Parteien bildeten, die, um sich vom Establishment zu unterscheiden, populistische und radikale Positionen vertraten. Sie tauchten dort auf, wo Platz war – in der Slowakei links der Mitte und in Tschechien rechts der Mitte. In all diesen Staaten sind Minderheiten, Antisemitismus, Islamophobie, Immigration, die Bevormundung durch den Westen und die Bedrohung traditioneller Werte große Themen.

Auf dem Balkan wiederum gibt es nichtaufgearbeitete ethnische aber vor allem religiös-kulturelle Konflikte, was wiederum zu Parteien mit stark nationalistisch-populistischen Zügen in Serbien, Bosnien, Mazedonien, Kosovo und Albanien führte.

In gewissem Sinne sehen wir paradoxerweise nun auch in Westeuropa eine stärkere Fragmentierung des populistischen Parteienspektrums, das immer stärker an Osteuropa erinnert. In Italien haben wir beispielsweise zwei konkurrierende Bewegungen, die Lega und die 5-Sterne-Bewegung, aber auch in den Niederlanden gibt es mindestens zwei: Geert Wilders Partei der Freiheit und neuerdings Thierry Baudets Forum für Demokratie.

Welche Auswirkungen hat der Populismus auf die europäische Politik und europäische Parteiensysteme?

Wie erwähnt, sind populistische Parteien per se nicht anti-demokratisch, ideologisch flexibel, ambivalent, opportunistisch und wandlungsfähig (Popularität ist wichtiger als Prinzipien). Damit gelingt es populistischen Parteien und Politikern breite Gruppen von ganz radikal bis weit ins bürgerliche Lager oder ins Arbeitermilieu anzusprechen. Sie vereinigen alle Unzufriedenen, indem sie all jenen etwas versprechen, die sich politisch heimatlos fühlen. Jemand der einen radikalen Wandel wünscht, dem ist die Veränderung wichtiger als die Konsequenzen, die sich daraus ergeben. Man hat sich abgefunden, dass die Konsequenzen unschön sein mögen, aber eine Wende auch zum Unschönen wird als besser empfunden als gar keine.

Dennoch muss man deutlich sagen, dass der Rechtspopulismus für die Demokratie große Gefahren birgt, besonders für die liberale Demokratie:

Zum einen ist er antipolitisch und antipluralistisch, weil er ja das Volk als Einheit mit einer einheitlichen Meinung darstellt. Alle, die etwas anderes glauben, sind ja die erklärten Gegner des Volkes, denen keine Legitimität zugestanden wird.

Dann gelten politische Kompromisse als Verrat und Gegner als Feinde; somit wird die typische Kooperation über Parteigrenzen kaum noch möglich. Infolge kommt es zu Dauerkoalitionen moderater Kräfte, weil mit den Radikalen Koalitionen schwierig sind. Somit gibt es zunehmend nur die Wahl zwischen Stillstand und radikalem Systemwechsel. Durch das Vorhandensein der radikalen Kräfte kommen alternative Mehrheiten nur schwer zustande.

Dann fordern Populisten zunehmend den Systemwechsel in Richtung direkte Demokratie. Besonders die Unzufriedenen auf beiden Seiten lassen sich mobilisieren. Die neue, an der Volksmobilisierung orientierte Politik, stößt sich vor allem an Kontrollmechanismen und Institutionen, gegen die als erstes agitiert wird. Dazu zählen vor allem Journalisten und unabhängige Medien, die unabhängige Justiz und dann natürlich NGOs und internationale Aufsichtsgremien. Wie das verläuft, kann man in Ungarn oder Polen mit ansehen – zunächst wird die Verfassung in ein Mehrheiten verstärkendes System geändert, staatliche Medien werden bevormundet, die private regierungskritische Presse wird durch finanzielles Austrocknen vom Markt verdrängt oder gesetzlich unter Druck gesetzt.

Tatsächlich kommt es jedoch nicht zu den versprochenen systemischen Änderungen zugunsten des „kleinen Mannes“, sondern in erster Linie zu symbolischer Politik. Mit großen Gesten werden Pseudomaßnahmen gesetzt, die scheinbar mit bisherigen Gepflogenheiten aufräumen, aber in Substanz wenig bewirken. Beispielsweise treffen etwa die Kürzung von Sozialleistungen nicht nur die immer wieder thematisierten Ausländer und sogenannten Sozialschmarotzer, sondern viele von denen, die die populistischen Parteien gewählt haben.

Sind jedoch Kontrollmechanismen wie Gerichte, Medien oder Oppositionsparteien einmal genügend geschwächt, gedeiht im Umfeld der populistischen neuen Machteliten ein System von Korruption und Günstlingswirtschaft, wie ein Blick in das Ungarn Orbáns, die Slowakei Ficos, die Welt der italienischen Populisten, den Kreis um Donald Trump oder das System Jörg Haider im österreichischen Kärnten zeigt. Unter seiner Ägide als Landeshauptmann wurde aus diesem Bundesland eine Art österreichisches Griechenland, dessen Schuldenstand das tausendprozentige Landesjahresbudgets betrug, die Anti-Korruptionsbehörden noch heute beschäftigt und den gesamtstaatlichen österreichischen Finanzhaushalt auf Jahrzehnte belasten wird.

Die Politik der einfachen Lösungen, des Bauchgefühls und des gesunden Hausverstands, wie etwa Trumps Ankündigung, dass Handelskriege gut seien und leicht zu gewinnen wären oder der Brexit-Befürworter, dass sich die Briten in Zukunft von den wöchentlichen Beitragszahlungen an die EU 150 Mio. Pfund von 300 Mio. Pfund ersparen würden, erweisen sich in der Regel als nicht zielführend.

Stattdessen muss zur Ablenkung stets gegen innere und äußere Feinde mobilisiert werden. Orbán wettet in schlimmster antisemitischer Rhetorik gegen George Soros und Donald Trump nicht nur gegen die Medien sondern sogar gegen seine eigenen Behörden. Die Politik der America First oder Austria First oder Britain First führt zwangsläufig zu einer Politik, die versucht, sich an anderen schadlos zu halten, was infolge zu einem gegenseitigen Aufschaukeln des Nationalismus führt.

Worin liegen Ursprung und Ursachen des Populismus in Europa?

Den Populismus gab es bereits im 19. Jahrhundert etwa in den USA – und damals auch eine Partei mit diesem Namen: The Populist Party. Dieser leitete sich wiederum von der römischen Antike her, wo es im Senat sogenannte Populares und Optimates gab, also Senatoren, die vorgaben für das gemeine Volk zu sprechen und andere, die für die elitäre Oberschicht eintraten.

Sowohl im 19. Jahrhundert in den USA wie auch in Lateinamerika und Frankreich im 20. Jahrhundert war der Populismus stets eine Reaktion auf Modernisierungsschübe, bei denen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in ihrer Existenz bedroht

sahen (oft die Bauern, kleine Gewerbetreibende, der Mittelständler, die fürchteten durch Modernisierung und Internationalisierung unter die Räder zu geraten).

Es ist also was dran an der Modernisierungsverlierer-Hypothese – also an der Annahme, dass Menschen, die durch gesellschaftliche Veränderung negativ betroffen sind oder vermeintlich negativ betroffen sind, mit negativer Emotion reagieren. Jedoch ist die Sachlage komplizierter. Zum einen geht es nicht nur um rein ökonomische Fragen, denn es sind keineswegs die Unterprivilegierten oder gar die ärmsten Personen oder Regionen, die am anfälligsten sind. Stattdessen ist es eher jene Schicht, die meint am meisten verlieren zu können – vor allem ihre relativen Privilegien – oder nicht mehr zu erreichen vermeint, was ihr zustünde (also tendenziell eher Männer, Facharbeiter und Kleingewerbler, Mittelständler und Menschen in manuellen Tätigkeiten und weniger Frauen, Gutasgebildete, Pensionisten, Leute in Führungspositionen und Beamte).

Oft äußert sich diese Abstiegsangst jedoch nicht direkt, sondern verläuft über die Ablehnung liberaler Werte politischer Ideen, die mit gesellschaftlichen Eliten assoziiert werden. Die Abstiegsängste werden so unmittelbar mit diesen Ideen verknüpft und als direkte Bedrohung empfunden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Legitimationsverlust bestehender Institutionen. Das heißt, besonders in Zeiten großer Sorgen vor globalen Umwälzungen und Modernisierung, wünscht sich die Bevölkerung politisches Gestalten. Doch Sachzwänge, übernationale Entscheidungsprozesse und komplexe wirtschaftliche Zusammenhänge machen dies oft unmöglich, was das Gefühl, ausgeliefert und ohnmächtig zu sein, erhöht. Dies wiederum steigert das Bedürfnis nach einem radikalen Kurswechsel, also dem Ruf nach einem glaubhaften Change Agent, Veränderer.

Dies wären somit die nachfrageseitigen Gründe. Allerdings: Ohne entsprechendes Angebot, gäbe es auch keine populistischen Wahlsiege. Also bedarf es politisch versierter Personen – das müssen nicht unbedingt charismatische Führer sein – die mithilfe sogenannter „winning formulas“, also einer gewinnenden Themenkombination aus einander teilweise widersprechenden Versatzstücken anderer ideologischer Versatzstücke eine Art Quadratur des Kreises versprechen: etwa

mehr Schutz und Protektionismus, aber gleichzeitig weniger wirtschaftliche Regulierung, mehr Sozialleistungen, aber ein ausgeglichenes Budget, scharfe Maßnahmen, die jedoch nur unliebsame Gruppen oder das Ausland treffen.

Was ist nun abschließend zu sagen?

Der Rechtspopulismus ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Er ist eine Bedrohung, wenn schon nicht für die Demokratie an sich, dann doch für die Art der Demokratie, wie sie sich nach dem Krieg entwickelt hat und somit für die europäische Friedensordnung und ihre Stabilität. Der Rechtspopulismus ist längst nicht bloß ein kurzlebiges Protestphänomen oder Korrektiv für verkrustete Parteienstaaten. Auch hängt er nicht von einzelnen charismatischen Führungspersönlichkeiten ab. Er taucht in fast allen Systemen auf, egal ob transparent und gut verwaltet oder anders. Alle populistischen Parteien haben längst ihre Führer gewechselt und dies unbeschadet überstanden.

Die Globalisierung und die Migrationsbewegung in Verbindung mit neuen Medien und der abnehmenden meinungsbildenden Kraft der etablierten Institutionen bieten eine Gemengelage, in der der Populismus nahezu ideale Wachstums Voraussetzungen findet.

Die Mobilisierung von Wut, die Verunglimpfung politisch Andersdenkender, das Bedienen von Verschwörungstheorien, das Untergraben von Institutionen, das Verächtlichmachen von Regeln, Moral und Gesetz und die Präsentation von Politik als Nullsummenspiel sind nicht nur Ausdruck unschöner politischer Formen oder eines neuen Zeitgeistes, sondern untergraben die notwendigen Voraussetzungen für demokratische Politik. In der liberalen und repräsentativen Demokratie benötigt man eine verbindliche Grundlage für den Abtausch von Interessen und für die Kompromissbildung. Es bedarf Institutionen und Spielregeln, die allgemein akzeptiert sind. Und man benötigt politische Mitbewerber, die nicht als Feinde und Verräter wahrgenommen werden. Lassen Sie mich daher mit folgendem Appell schließen: Der Rechtsstaat, die demokratische Ordnung, die Pressefreiheit sowie der Schutz von Minderheiten und das Recht auf eine unpopuläre Meinung dürfen nicht wieder dem Beschwören des Bauchgefühls des „kleinen Mannes“ geopfert werden.

Sich angegriffen fühlen – Zur Verteidigung der offenen Gesellschaft¹

von

Prof. Dr. Harald Welzer

Direktor von FUTURZWEI – Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie Honorarprofessor für Transformationsdesign an der Europa-Universität Flensburg

Vielen Dank für diesen wirklich großartigen Vortrag, den ich aus der Sicht des Sozialpsychologen nur ergänzen kann; vielleicht mit einem etwas anderen Duktus. Ich habe gegenwärtig ein Problem damit, eindeutige Erkenntnisse zu formulieren. Und dieses Problem habe ich deswegen, weil wir mitten in einem Prozess sind, mit dem die meisten von uns – so auch ich – nicht gerechnet haben. Und damit bin ich gleich beim Anschluss an das, was Herr Heinisch gesagt hat.

Ich selber habe ja einen großen Teil meiner wissenschaftlichen Arbeit darauf verwendet, mir anzuschauen, wie sich Gesellschaften transformieren, wie zum Beispiel aus demokratischen Gesellschaften Ausgrenzungsgesellschaften werden. Als Sozialpsychologin habe ich mich damit beschäftigt, wie die Mentalitäten, die Mindsets, die Einstellungen der Menschen sich im Zuge dieser Transformationen verändern. Und daraus kann man eine ganz grundsätzliche Erkenntnis ableiten, die lautet: Einstellungen und Überzeugungen sind nie stabil und auch die eigenen nicht. Und insofern ist das Vertrauen in solche psychischen Kategorien, die man zu bestimmten historischen Zeiten haben kann, nicht gerechtfertigt, weil sie zu anderen historischen Zeiten sich vollkommen anders darstellen können. Das ist fundamental als Erkenntnis und das ist auch etwas, was man in der Gegenwart beobachten kann.

Es gibt ein sehr eindrückliches historisches Exempel und daraus kann man auch ein Gedankenexperiment ableiten, was dieses Thema der Instabilität von moralischen Überzeugungen, Einstellungen, Selbstbildern, Mentalitäten sehr

gut illustriert. Man kann in das Jahr 1933 schauen und könnte sich überlegen, was geschehen wäre, wenn beispielsweise im April, also wenige Wochen nach der sogenannten Machtergreifung, das nationalsozialistische Regime verkündet hätte: „Ab morgen werden alle jüdischen Menschen aus ihren Häusern geholt, ihre Güter werden versteigert, ihre Geschäfte werden anderen überantwortet, sie werden durch die Straßen getrieben oder auf Lastwagen verladen um zu den örtlichen Güterbahnhöfen transportiert zu werden und dort in Waggons gesperrt und irgendwo hin geschickt.“

Das wäre zum Zeitpunkt April 1933 etwas gewesen, was den Einstellungen, den Überzeugungen, den moralischen Selbstbildern der allermeisten nichtjüdischen Deutschen nicht entsprochen hätte. Die hätten gesagt: „Moment mal, ist doch völlig unmöglich, wir sind doch ein zivilisiertes Land, wir sind doch Kultur und Dichter und Denker und christlich und abendländisch“ und whatsoever. Die hätten gesagt: „Das geht doch nicht, ist doch undenkbar; das kann doch bei uns gar nicht sein“. Und das Interessante ist ja, dass innerhalb weniger Jahre exakt all diese Dinge geschehen, bis zu dem Punkt, dass eben die in Deutschland dann noch verbliebenen Juden 1941 durch die Straßen getrieben werden, in Berlin, im höchstbesetzten Stadtteil Grunewald, da werden sie zu Fuß durchgetrieben, unter Betrachtung der dort wohnenden nichtjüdischen Bürgerinnen und Bürger zum Bahnhof gebracht, an Gleis 17 eingeladen und deportiert. Und die sozialpsychologisch und psychologisch interessante Frage bei diesem Gedankenexperiment ist: Was denken die, die an der Straße stehen über sich selbst? Wer steht dort und sagt: „Was bin ich für ein Schwein geworden? Was bin ich für ein Antisemit geworden? Was bin ich für ein mieser Charakter geworden? Was bin ich für eine gewaltförmige Ausgrenzungsfigur geworden?“ – Niemand von denen denkt das. Sondern die denken: „Das ist so“. Und sie denken das, obwohl sie es acht Jahre vorher alle nicht gedacht haben.

Und das ist das Phänomen, das die Wirkungsweise populistischer Strategien so brisant macht. Durch die Einführung von bestimmten Begrifflichkeiten, von bestimmten Bildern, von bestimmten Stilen der politischen Auseinandersetzung, von einem bestimmten Habitus, der in die Politik eingeführt wird, geschieht etwas, was den gesamten Wahrnehmungshorizont der Menschen verändert. Und ich glaube, das ist das eigentliche Problem des Erfolgs rechtspopulistischer Strategien.

¹ Der Beitrag von Prof. Dr. Harald Welzer ist das Transkript seines Vortrags vom 13. Juni 2018.

Um es für die Situation in der Bundesrepublik zuzuspitzen, ist aus meiner Sicht nicht die AfD das Problem. Sondern das Problem ist das Einwandern aller dieser Elemente – die von Herrn Heinisch eben aufgeführt worden sind – in den normalen Alltagsdiskurs und die Übernahme dieser Elemente durch gut meinende Menschen, die von sich selbst gar nichts Böses glauben. Und dafür kann man Indikatoren suchen. Und das ist jetzt nicht wissenschaftlich valide, sondern das ist Alltagswahrnehmung. Wenn ich zum Beispiel in der Gegenwart eine beliebige Zeitung morgens aufschlage, bzw. nicht aufschlage, sondern mir das Titelbild, den Aufmacher, anschau, ist es total mono-thematisch. Es ist völlig egal ob ich die FAZ, die Süddeutsche, die BILD-Zeitung, die Welt oder eine andere Zeitung nehme – es gibt immer das Flüchtlingsthema, es gibt immer einen Migrationsskandal, es gibt immer Sicherheitsfragen in Kombination mit den Flüchtlingen. Und das ist etwas ziemlich Interessantes, dass sich offensichtlich bis in die auch gut meinenden Medien hinein eine thematische Fokussierung ergeben hat, die nichts anderes ist als das Ergebnis eines erfolgreichen Agenda Settings der AfD. Es ist der Wahnsinn, ich warte auf die Inhaltsanalyse von Sozialwissenschaftlern, die mal nachzeichnen, wie sich in der Medienproduktion diese thematische Verschiebung vollzogen hat. Übrigens so weit, dass fast alle Menschen inzwischen der Auffassung sind, sie hätten schon im Spätsommer 2015 Merkels Politik für falsch gehalten. Das betet mittlerweile jeder da vor: „Und das war ihr größter Fehler, weil sie die Stimmung im Volk falsch eingeschätzt hat, ...“ Dabei war die Stimmung, denken wir nur an die hunderttausenden Helferinnen und Helfer an den Bahnhöfen und in den Flüchtlingslagern, äußerst zustimmend und hat sich erst viel später seehoferisch gedreht.

Wie geschieht so etwas? Indem diese Form von Agenda Setting unablässig, und zwar genau über die Strategien, wie sie hier am Beispiel Haider und anderer Rechtspopulisten beschrieben worden sind, so angewendet worden sind. Denn die kommunikative Strategie der Rechten besteht ja eben in der Grenzüberschreitung und in der Verwendung des medialen Körpers als Resonanzkörper für diese Aussagen. Das wird alles hundertmal kritisch zurückgewiesen und damit etabliert es sich als Thema. Es ist echt irre, wie das funktioniert.

Und wie gesagt, ich habe das an historischen Beispielen studiert und war der naiven Auffassung, dass es mir erspart bleiben würde, das jemals live und in Farbe zu erle-

ben. Und dieses live und in Farbe – ich weiß nicht wie es Ihnen geht im Publikum – bedeutet: Das rückt einem im eigenen sozialen Umfeld plötzlich auf den Leib. Plötzlich erzählen irgendwelche eigentlich unverdächtigen Menschen, die vielleicht ihr Leben lang Sozialdemokraten gewählt haben, dass man auf der Straße nicht mehr sicher sei. Dass es wahnsinnig gefährlich sei. Man könnte im Dorf... und die Kriminalität... und die Einbrüche... und so weiter und so weiter. Alles wegen der Flüchtlinge. Oder Sie kriegen merkwürdige SMS aus dem Bekanntenkreis, wo man für Äußerungen auf eine Art und Weise angegriffen wird, wie man das aus dem Bekanntenkreis niemals erwartet hatte. Mit dezidiert Nazi-Terminologie. Oder man hat – besonders traumatisch für einen Hochschullehrer – ehemalige Doktoranden, die die Seite wechseln. Ist total interessant. Weil wir ja die durch nichts belegte Unterstellung haben, jemand der intelligent ist, könnte sich nicht in dieser Weise extrem orientieren.

Und damit gibt es noch einen interessanten Punkt. Ich habe mich, als vor zwei Wochen die AfD-Demo und die Gott sei Dank ums fünf- bis zehnfache größere Gegen demonstration in Berlin gewesen ist, unter die AfD-Demonstranten gemischt. Da erlebte ich das, was im Vortrag von Herrn Heinisch auch schon thematisiert worden ist, nämlich ein erstaunlich breites Spektrum von Themen und Begriffen in den Reden, die dort gehalten wurden. Mit Begriffen wie „Vielfalt“, „bunt“, „Demokratie“. Mit einem Narrativ, dass sie die Demokraten seien und die Antidemokraten die Anderen, die ihre Meinung unterdrücken. Auch das ist eine interessante Form der politischen Kommunikation, weil man ja nicht glauben sollte, dass man mit der Apostrophierung „Ihr seid die Rechtsextremen, ihr seid die Nazis“ einen Punkt machen würde. Das ist subtiler mittlerweile, und wenn Sie entsprechendes Schrifttum lesen – und davon gibt es ja in den letzten Jahren auch sehr viel mehr, im Bereich der Printmedien insbesondere – da gibt es ja kaum einen Artikel, der nicht mit einer Abgrenzung vom rechten Rand beginnt. Das ist ziemlich interessant deswegen, weil es die Gegenstrategien aushebelt.

Wir erleben im Moment ja eine Situation einer totalen Entmächtigung aller derjenigen, die sich einem linksliberalen oder wie auch immer gutdemokratischen Spektrum zugehörig fühlen. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie diese Zuspitzung nicht machen können und weil ihnen das seltsam vorkommt, aber sie auf der anderen Seite überhaupt keine kommunikative Strategie haben, mit dem Ganzen

umzugehen. Sodass wir die sehr bedrückende Situation haben, dass diese Form der Bemächtigung des politischen Diskurses auf eine verblüffende Art und Weise funktioniert. Und zwar so, dass die quantitativ weit überwiegende Seite der „guten Bürgerinnen und Bürger“, wenn ich das mal so sagen darf – die ja den Wahlergebnissen zufolge immer noch zu vier Fünfteln ganz normal ticken, also Parteien wählen in der Bundesrepublik, die am Grundgesetz orientiert sind –, dass die sich nicht artikulieren und kein Medium dafür finden, sich zu artikulieren, also keine Form der kommunikativen Gegenwehr. Es gibt die Form der Demonstration – wenn es den Anlass gibt, dann funktioniert das in Berlin oder München – aber es funktioniert nicht als Rückeroberung des kommunikativen Raumes des Politischen.

Und deshalb bin ich auch ein bisschen hilflos, jetzt zu sagen: „Wissenschaftlich würde ich folgende Strategie vorschlagen...“. Das geht unter anderem deswegen nicht, weil wir es an dieser Stelle ja nicht mehr mit einem wissenschaftlichen Problem zu tun haben. Es geht um politische Haltung, es geht um die Fragen „Will man für Demokratie eintreten? Will man sie verändern? Will man sie modifizieren? Will man sie abschaffen?“. Das sind keine Fragen von Fakten. Unter anderem deswegen nicht, weil man Rechtspopulisten nicht auf der Ebene von Fakten bekämpfen kann. Das unterstellt ja gewissermaßen, dass sie sich im Irrtum befinden würden. Aber die befinden sich subjektiv nicht im Irrtum, genauso wenig wie die allermeisten hier im Raum glauben, dass sie auf der Ebene ihrer Einstellungen im Irrtum sind.

Wir haben Einstellungen, die normativ grundiert sind, die eine moralische Kontextualisierung haben, das bildet unseren Referenzrahmen des Handelns. Das ist keine Frage von Faktizität, schon gar nicht von Wissenschaft. Ganz im Gegenteil – ich sag das natürlich ungern in einer wissenschaftlichen Institution – erweisen sich ja bei solchen Transformationsprozessen ausgerechnet die Universitäten und Forschungsinstitute als fast die schwächste Institution in der ganzen Gesellschaft. Das haben wir im Nationalsozialismus als Avantgarde gesehen: von den Studentenschaften initiierte Ausgrenzungen von Kommilitonen, von Professoren und so weiter. Und die Lehrkörper, die Professorenschaft hat das in allergrößter Geschwindigkeit umgesetzt, dass die Kolleginnen und Kollegen – die wenigen Kolleginnen – ihre Jobs verloren haben. Von Victor Klemperer gibt es den wirklich morbiden Tagebucheintrag – ich glaube von 1940 – wo er darüber reflektiert, was man denn mit den Leuten

machen solle, die dieses System favorisiert und gefördert haben. Er hat ja die Hoffnung, irgendwann wird das mal vorbei sein. Und in diesem Tagebucheintrag notiert er dann, dass man die kleinen Arbeiter und Volksgenossen und kleinen Nazis etc., laufen lassen könne, weil es da viele Gründe gäbe, weshalb diese sich so orientieren. Aber die Akademiker, schreibt Klemperer, muss man an die Laterne hängen und so lange hängen lassen, wie es die Hygiene irgend zulässt. Und da liegt der entscheidende Punkt – lesen Sie Stefan Zweig, lesen Sie Victor Klemperer, lesen Sie Sebastian Haffner, lesen Sie zeitgenössische Autorinnen und Autoren – was diese Leute am meisten erschüttert und was sie nicht verstehen können, ist, dass es ihnen resgleichen sind, nämlich Literaten, Geschichtsprofessoren und so weiter, die sich gegen sie wenden und ihre ersten Feinde werden.

Das ist eine Erkenntnis, die ist zerstörerisch. Das macht sie völlig fertig. Weil wir alle leben ja unter der Annahme, dass wir uns in sozialen Gruppen befinden, die unsere Grundannahmen teilen und sich nicht gegen uns wenden werden. Und ich glaube das ist auch der Effekt, der auftritt, bei polnischen Intellektuellen, bei ungarischen Intellektuellen und so weiter – alle diese Beispiele, die genannt worden sind. In Österreich scheint man mir ehrlich gesagt etwas dumpf zu sein, was dieses Problem angeht. Da gibt es so eine Nonchalance, wenn ich mit Kollegen rede: „Ja, das ist halt so“.

Aber diese Konsensverschiebung, die dort stattgefunden hat – als Avantgarde vor unserer Konsensverschiebung – wird nicht wahrgenommen. Warum? Weil wir uns alle als soziale Wesen unsere Orientierung daran bilden, was die anderen machen. Und wenn alle in eine bestimmte Richtung ihre Einstellungen, Normen, Überzeugungen verändern, dann neigt man dazu, das mitzumachen und das auch für normal zu halten. Das ist ein riesiges Problem. Ich glaube eingangs wurde es gesagt, die AfD an sich ist nicht das Problem. Diese 12,6-Prozent Partei, oder in bestimmten Regionen Ein-Fünftel-Partei, oder möglicherweise mehr. Das Problem sind Teile der politischen Klasse, die aus rein instrumentellen Kalkülen heraus genau diese Form von kommunikativer Strategie übernehmen. Und hier könnte man dann auch wiederum ein Kontinuum der Veränderung betrachten. Federführend war natürlich der bayerische Ministerpräsident, der der allererste gewesen ist, der davon geredet hat: „Die Stimmung kippt“. Im Spätsommer 2015, als die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger noch im

Rausch ihres eigenen Engagements und ihrer eigenen Demokratiefähigkeit gewesen sind, war er der erste, der anfang, eine andere Story darüber zu erzählen. Unter Zustimmung dann aller anderen in dieser Partei, und seither hat das nie wieder aufgehört. Seither ist aber der Effekt eingetreten, dass dann von Personen wie Sahra Wagenknecht auf der einen Seite oder Christian Lindner auf einer anderen und so weiter, bis hin zu Andrea Nahles, eben Versatzstücke dieser Erzählung übernommen und selber verwendet werden, um politische Geländegewinne zu erzielen. Das ist genau das, was man als Konsensverschiebung beschreiben kann.

Und das ist ziemlich verrückt, dass auch innerhalb der jeweiligen Parteien sich kaum Widerstand und Kritik dagegen artikuliert. Sondern die Leute offensichtlich der Auffassung sind: „Jaja, das sind jetzt die Themen der Zeit“. Genauso wie in den Qualitätsmedien oder in der intellektuellen Klasse – falls es eine solche noch gibt – auch das Storytelling sich total verfangen hat; dass diese ganze Republik aus angstgeschüttelten Menschen besteht, die totale Probleme mit der Globalisierung haben. Dann kommt noch eine vollkommen undefinierte Gruppe von irgendwelchen Abgehängten dazu, die dann automatisch diejenigen sind, die sich aus Verunsicherung und Ressentiment nach rechts orientieren und sonst was. Es ist ein reines Storytelling, es gibt überhaupt keinen empirischen Beleg dafür, aber Sie hören es an jeder Stelle. Und das ist ein Legitimationsdiskurs. Ein Legitimationsdiskurs dafür, dass diese Veränderung der politischen Thematisierung, die Zuspitzung und Verengung auf das Migrationsthema, seine Berechtigung hat. Und dass man dieser Berechtigung entgegenkommen muss, indem man Maßnahme um Maßnahme akkumuliert, die die Republik verändern.

Dann vielleicht noch ein Punkt, wo Herr Heinisch mir vermutlich zustimmt. Wenn man das von der Entwicklungslogik her betrachtet, ist ja das fatale, dass je mehr etablierte Politik den Rechten entgegen kommt, desto mehr Geländegewinn haben sie und desto radikaler werden ihre Forderungen. Selbst wenn man den Kollegen aus der CSU eine gewisse Gutwilligkeit unterstellen würde – was ich nicht tue – wäre es ein verhängnisvoller Fehler, was sie tun. Übrigens nicht mal zur Kenntnis zu nehmen, dass vor der Bundestagswahl die AfD in Bayern plakatiert hat: „Wir machen das, wovon die CSU nur redet“. Da würde ich doch als CSU-Politiker mal kurz nachdenken.

Ich teile nicht die Vorstellung, dass der Firnis der Zivilisation dünn ist. Ich teile die vielleicht schlimmere Vorstellung, dass moderne Zivilisationen selbst eine Seite haben, die so etwas hervorbringt. Nämlich gegenmenschliche Orientierungen, einen Typus von Menschenfeindlichkeit, der spezifisch modern ist. Das hat etwas damit zu tun, dass der Nationalstaat eine moderne Erfindung ist. Die Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit von Menschen, sie klar zu definieren, entweder nach nationalstaatlichen oder gar nach wissenschaftlichen Kriterien – Rassismus ist eine Wissenschaft gewesen, bis in die 1940er Jahre hinein eine etablierte Wissenschaft, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern international. Die Zuweisung von Menschen zu Kategorien ist ein Produkt der Moderne, nicht der Vormoderne. Insofern ist – das hat Zygmunt Bauman in seinem berühmten Buch über Holocaust and Modernity als erster herausgearbeitet – so etwas wie die radikale Ausgrenzungsgesellschaft, die systematisch Nichtzugehörige erfindet und gegen sie vorgeht, eine Erfindung der Moderne, ein Produkt moderner Gesellschaften. Während der Vormoderne gab es Pogrome, es gab Massaker, es gab spontane Gewalttaten etc., es gab auch Verfolgungen, die stattfanden, aber nicht mit einer systematischen, wissenschaftlich, ideologisch, politisch rational unterfütterten Vorstellung. Und insofern ist das mit dem Firnis der Zivilisation meines Erachtens nach ein falsches Bild. Ich würde sagen, es gibt eine Dialektik der Modernisierung und diese Dialektik ist darin zu verstehen, dass zum Beispiel die Chance der Freiheit eine ambivalente Angelegenheit ist.

Erich Fromm hat „Escape from Freedom“ noch in den 1940er Jahren geschrieben. „Escape from Freedom“ bezeichnet etwas sehr Wichtiges: Dass wir als Erben der Aufklärung und als Menschen, die mit modernen Verhältnissen umgehen können, Freiheit als Gut betrachten, Freiheit als etwas sehr Positives betrachten, übersehen, dass Freiheit eben auch eine Belastung ist. Sich entscheiden zu müssen. Sich entscheiden zu sollen. Lebenswege selber gestalten zu müssen. Entscheidungen zu treffen auf den unterschiedlichsten Ebenen. Und so weiter und so weiter. Populismus ist eine Entlastung von den Zumutungen der Freiheit. Es ist nämlich super, wenn einem gesagt wird: Erstens was das Problem ist und zweitens wie man es löst. Und das ist ja jetzt nicht überheblich. Ich selber bin auch manchmal total genervt, mich entscheiden zu müssen. Ich schaffe es kaum, im Restaurant zu bestellen, ich habe es immer gerne wenn irgendjemand sagt: „Für den Herrn jetzt

bitte das“ (Michel Friedman kann da sehr hilfreich sein). Aber Sie wissen, was ich damit meine: Dass die Zumutung, die moderne Gesellschaften, die moderne freiheitliche Gesellschaften ihren Bürgerinnen und Bürgern auferlegt, nicht nur etwas Positives ist und als positiv empfunden wird. Und in dem Sinne auch nach Entlastung drängt; sei es dadurch, dass wir gesellschaftliche Institutionen eben in der Moderne haben, wie Fußballweltmeisterschaften, Stadien, kontrollierte Rausche-reignisse, wo auch die Zumutungen der Freiheit eine bestimmte Form von Abfuhr erfahren, aber bestimmte politische Orientierungen eben auch, die genau das ermöglichen. Günther Anders hat das mal bezeichnet als die „Verlockung der unbestraften Unmenschlichkeit“.

Eine moderne Demokratie ist ständig damit herausgefordert, die Dialektik von Freiheit als Entlastung und als Belastung insoweit auszubalancieren, dass die allermeisten Gesellschaftsmitglieder sich tatsächlich als zugehörig empfinden können, und sich deshalb als freiheitliche Demokraten verhalten können. Böckenförde hat das ja so formuliert, dass die freiheitliche Gesellschaft auf Voraussetzungen basiert, die sie selbst nicht garantieren können. Was ist damit gemeint? Damit ist gemeint, dass es eine Form von gesellschaftlichem Zusammenhalt geben muss, wo Menschen wissen, dass sie ein Teil von etwas sind, von dem die anderen auch ein Teil sind. Das ist eine ganz elementare Voraussetzung moderner Demokratien, die aber die modernen Demokratien auf der Grundlage vieler unterschiedlicher Phänomene nicht unbedingt mehr vermitteln können. Dazu gehören die sogenannten sozialen Netzwerke, die veränderten Kommunikationsmedien, das Wachsen von sozialer Ungleichheit etc. Und das Fehlen von Anlässen von Zusammenhalt, wo Gesellschaften in einen Selbstverständigungsprozess, einen Selbstvergewisserungsmoment eintreten können, wo sie sagen: „Hier gehören aber alle dazu“. Vermutlich war 2006 das letzte Jahr, in dem das passiert ist. Für diejenigen, die jetzt irritiert gucken, ich meine die Fußballweltmeisterschaft, das Sommermärchen. Das bestand in der Stiftung kollektiver Zugehörigkeit.

Moderne Gesellschaften leisten das in der Regel nicht mehr und haben dementsprechend eine offene Flanke genau in dieser Dialektik, dass sie die Zumutungen der Freiheit, die Zumutungen der Atomisierung nicht auffangen können. Und das ist die Stunde der Populisten. Die nicht ganz zufällig genau auf dieses Moment der

Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit rekurren und das definieren. Und das haben übrigens alle totalitären Gesellschaften gemacht, die basieren immer darauf, dass es eine kategoriale Trennung von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit gibt, was dazu führt, dass die Kohärenz innerhalb der Zugehörig-Definierten, und damit auch die Systemzustimmung, wächst. Oder die Zustimmung eben zunächst mal zu solchen Parteien.

Wir erleben gerade etwas, von dem ich nicht gedacht hätte, dass es passieren würde. Dass ich nicht gedacht habe, dass es passieren würde, ist selbst ein Indikator für eine politische Entmächtigung. Was macht man denn jetzt damit? Schon allein in der simplen Frage „Ignorieren oder skandalisieren?“ haben wir ein faktisches Problem. Soll man „Vogelschiss“ ignorieren? Irgendwie ja. Aber andererseits ist das noch keine politische Waffe, das zu ignorieren.

Und dann kann man sich ergänzend noch alle diese Einzelphänomene ansehen, dass wir es für selbstverständlich halten, dass es plötzlich Heimatministerien gibt und all solche seltsamen Dinge. Wo man irgendwie denken würde, hätte das jemand vor vier Jahren gesagt, hätte man gesagt: „Na vielleicht in Österreich, aber doch nicht bei uns!“ Naja, nun gibt es die und das ist keine Petitesse, sondern das ist eine Form der Thematisierung von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit, die regierungsamtlich wird: Shifting Baseline, Konsensverschiebung. Und das scheint mir alles insgesamt ungut zu sein, ohne dass ich eine Antwort hätte.

Und eins habe ich mir eben noch notiert beim Zuhören des ersten Vortrags. Da fand ich Ihren Begriff so toll, der elastischen politischen Haltung der Rechtspopulisten oder der Populisten. Die Elastizität als politisches Wesensmerkmal. Das ist natürlich ein super cooler Gedanke, denn diese Elastizität korrespondiert mit der Elastizität der politischen Einstellungen und moralischen Überzeugungen, die sonst in der Bevölkerung auch vorhanden sind. Politik im klassischen Sinne einer Partei, die einer Programmatik folgt, hat ja diese Elastizität genau nicht. Und deshalb ist die traditionelle Politik verletzlich gegenüber Double Speech oder dem Verlassen ihrer eigenen Standards. Und die Populisten sind da ganz unverletzlich und können den widersprüchlichsten Kram erzählen, ohne dass es ihre Anhänger stört. Darüber muss man nachdenken. Vielen Dank.

Populismus! – Gefahr für die Demokratie in Europa?

Anhang

Am 13. Juni 2018 diskutierten die Expertinnen und Experten Volker Beck (Ruhr-Universität Bochum), Dr. Paula Diehl (Universität Bielefeld), Prof. Dr. Reinhard Heinisch (Universität Salzburg) und Prof. Dr. Harald Welzer (Stiftung FUTURZWEI) am Center for Applied European Studies (CAES) zum Thema „Populismus! – Gefahr für die Demokratie in Europa?“. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von der Chefredakteurin Hörfunk und Leiterin hr-info des Hessischen Rundfunks Katja Marx.

Der Vizepräsident der Frankfurt UAS, Prof. Dr. Ulrich Schrader, betonte in seinem Grußwort zu Beginn der Veranstaltung, dass es Aufgabe einer wissenschaftlichen Einrichtung wie der Frankfurt University of Applied Sciences sei, ihre Studierenden bei einem reflektierten und demokratischen Umgang mit populistischen Bestrebungen in Europa zu unterstützen. „Der Populismus ist regierungsfähig. Er wird, und seine repräsentativen Parteien, demokratisch in gewissen Ländern gewählt“, so der Geschäftsführende Direktor des CAES Prof. Dr. Dr. Michel Friedman. Er warf in seiner Eröffnungsrede die Frage auf, welche Konsequenzen der alltägliche Umgang mit Populisten für Individuen und politische Institutionen wie die EU habe. Friedman hob die Bedeutung von Sprache hervor und zeigte sich besorgt in Bezug auf die unreflektierte Übernahme populistischer Begrifflichkeiten in Alltagsdebatten.

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Reinhard Heinisch referierte zum Phänomen des radikalen Rechtspopulismus. Dieser könne mit den meisten gegenwärtig aufstrebenden populistischen Parteien und Politikern in West-, Mittel- und Osteuropa sowie in den USA verbunden werden. In seiner Keynote unterschied Heinisch zwischen drei Populismusbegriffen: erstens den Populismus als politischen Stil, zweitens als Strategie und drittens als Ideologie. Allen Ausprägungen des Populismus sei gemein, dass die liberalen Prinzipien der Demokratie in Frage gestellt, Tabubrüche begangen und radikale Aussagen im Namen eines „wahren, aber vergessenen Volkes“ gemacht werden. Der Erfolg der Populisten bestehe insbesondere darin, dass sie in Abgrenzung zu der traditionellen Rechten nicht dogmatisch seien, sondern sich inhaltlich flexibel an ihr Umfeld anpassten. Heinisch konstatierte

tierte, dass der Rechtspopulismus aufgrund seiner antipolitischen, antidemokratischen sowie antipluralistischen Ausrichtung eine Gefahr für die Demokratie in Europa berge. „Der Rechtsstaat, die demokratische Opposition, die freie Presse, der Schutz von Minderheiten und das Recht auf unpopuläre Meinungen dürfen nicht dem Beschwören des Bauchgefühls des kleinen Mannes geopfert werden“, schloss er.

Prof. Dr. Harald Welzer sprach aus sozialpsychologischer Perspektive über die Instabilität moralischer Einstellungen im historischen Kontext. Laut Welzer liege der Erfolg populistischer Strategien in der Veränderung des Wahrnehmungshorizonts der Menschen über die Zeit. Diese Veränderung vollziehe sich durch „die Einführung von bestimmten Begrifflichkeiten, von bestimmten Bildern, von bestimmten Stilen der politischen Auseinandersetzung, von einem bestimmten Habitus, der in die Politik eingeführt wird“, so Welzer. In diesem Zusammenhang sprach der Sozialpsychologe von einem erfolgreichen Agenda Setting, das verhindere, dass andere wichtige Themen in den Diskurs eingebracht werden. So seien nicht die Populisten die Gefahr, sondern die Übernahme der populistischen Elemente in den Alltagsdiskurs. In diesem Zusammenhang kritisierte Welzer die Medien, die mit einer Fokussierung auf die Flüchtlingsthematik das Agenda Setting der Populisten unterstützen. Welzer führte weiter aus, dass die „radikale Ausgrenzungsgesellschaft“, wie sie von Populisten geschaffen werde, ein Ergebnis der Moderne sei. Erst mit der modernen Erfindung des Nationalstaats habe sich die Schaffung von Zugehörigkeitskriterien verfestigt. „Es ist die Stunde der Populisten, die nicht ganz zufällig genau auf dieses Moment der Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit rekurren und das definieren“, so Welzer.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten neben den beiden Keynote Speakern die Wissenschaftlerin Dr. Paula Diehl und der Politiker Volker Beck. Die Moderatorin Katja Marx forderte die Podiumsteilnehmer auf, Lösungen für den Umgang mit populistischen Bestrebungen in Europa zu formulieren. Heinisch betonte, dass die Entwicklung von Strategien gegen Rechtspopulisten zunächst ein fundiertes Verständnis des Phänomens

voraussetze. Er appellierte an die politischen Parteien, die „faul“ geworden seien, und kritisierte, dass es den Parteien nicht gelinge, andere Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen, die den Themen der Rechtspopulisten entgegenwirken. Diehl erläuterte das Demokratiedefizit der EU sowie die fehlende Funktionsfähigkeit der Parteienlandschaft. Ihrer Meinung nach sei es Aufgabe der Politik, Visionen und Antworten zu entwickeln. Beck hob kritisch hervor, dass es nicht ausschließlich eine Frage des politischen Willens sei, gerade in Anbetracht der Komplexität, die mit der Änderung der EU Institutionen einhergehe. Jedoch, so Beck, sei es notwendig, die EU Institutionen handlungsfähig zu machen. Welzer bezog sich im Hinblick auf den kritischen Umgang mit Populismus auf den hohen Stellenwert von öffentlichen Debatten und somit auf die Schaffung von gesellschaftlichen Räumen. „Die Frage nach Lösungen in solchen volatilen Transformationsprozessen, wo ganze Gesellschaften sich verändern, die führt vollkommen ins Nichts“, so Welzer.

Volker Beck

Volker Beck ist seit 2017 Lehrbeauftragter am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES) der Ruhr-Universität Bochum. Zuvor war er von 1994 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. In dieser Funktion war er 2013 bis 2017 Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe.

In der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen übernahm Beck folgende Funktionen:

2016 – 2017	Migrationspolitischer Sprecher
2013 – 2017	Religionspolitischer Sprecher
2013 – 2016	Innenpolitischer Sprecher
2002 – 2013	Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, u.a. Mitglied des Ältestenrates und des Vermittlungsausschusses
2002 – 2013	Mitglied des Parteirates
2005 – 2013	Menschenrechtspolitischer Sprecher
1994 – 2002	Rechtspolitischer Sprecher
1998 – 2002	Politischer Koordinator / Stellvertretender Fraktionsvorsitzender des Arbeitskreises Innen, Recht, Frauen und Jugend

PD Dr. Paula Diehl

Dr. Paula Diehl ist seit Dezember 2016 Akademische Oberrätin „Theorie, Geschichte und Kultur des Politischen“ an der Universität Bielefeld sowie seit 2009 Assoziierte Wissenschaftlerin der Sciences Po in Paris. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politische Theorie, Demokratieforschung, Populismus, Nationalsozialismus, Politik und Medien und Politische Kultur.

Von 2012 bis 2016 leitete Diehl die Nachwuchsgruppe „Transformationen demokratischer Symbolik“ an der HU Berlin. Und war von 2009 bis 2016 als Diltthey-Fellow am Institut für Sozialwissenschaften der HU Berlin tätig.

Dr. Paula Diehl habilitierte 2013 am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Und promovierte 2002 zum Thema: „Macht – Mythos – Utopie: Die Körperbilder der SS-Männer (1933-1938)“ an der Humboldt-Universität zu Berlin bei Prof. Dr. Herfried Münkler.

Sie übernahm außerdem 2009 bis 2010 eine Vertretungsprofessur für Soziologie (Prof. Dr. Hauke Brunkhorst) an der Universität Flensburg und ist seit 2017 Vorstandsmitglied des Arbeitskreises „Politik und Kultur“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW).

Sie war u.a. Gastprofessorin an Sciences Po, École des Hautes Études und Maison des Sciences de l'Homme in Paris, an der Washington University und am Institute for Advanced Studies in Bologna.

Prof. Dr. Reinhard Heinisch

Reinhard Heinisch ist seit 2009 Professor für Österreichische Politik in vergleichender Perspektive an der Universität Salzburg, wo er auch den Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie leitet.

Von 1986 bis 2009 lebte und arbeitete Reinhard Heinisch in den USA, wo er zuletzt den Lehrstuhl für vergleichende Politik an der University of Pittsburgh innehatte. Gegenwärtig ist Reinhard Heinisch Leiter der Arbeitsgruppe DEMOKRATIE der Österreichischen Forschungsgemeinschaft sowie Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft. Neben einer regen internationalen Publikations-, Vortrags-, und Lehrtätigkeit, fungierte er auch als Konsulent für Organisationen und Regierungsstellen (u.a. das US-Außenministerium). Er ist seit 2014 Lehrbeauftragter an der International School an der Renmin Universität in Peking. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit betätigt sich Reinhard Heinisch auch als Gastkommentator in diversen Medien inklusive der Washington Post, BBC, ARD, ZDF und vieler anderer. Seine jüngsten Buchpublikationen sind *Understanding Populist Organization: The West European Radical Right* (Palgrave 2016) und *Political Populism, A Handbook* (Nomos/Bloomsbury 2017). Reinhard Heinisch ist Träger des Wissenschaftspreises der M. Lupac Stiftung des österreichischen Parlaments.

Prof. Dr. Harald Welzer

Prof. Dr. Harald Welzer ist Direktor von FUTURZWEI – Stiftung Zukunftsfähigkeit in Berlin sowie seit 2012 Honorarprofessor für Transformationsdesign an der Europa-Universität Flensburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Transformationsdesign, Kulturwissenschaftliche Klimaforschung sowie Erinnerungs- und Gewaltforschung.

Welzer promovierte und habilitierte im Bereich Soziologie und war von 2004 bis 2011 Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research (CMR) am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI). 2008 bis 2013 leitete er die Projekte „Katastrophenerinnerung“ und „Shifting Baselines“ im Bereich KlimaKultur am KWI und war von 2007 bis 2011 Mitglied des KWI-Vorstands.

Seit 2006 ist Welzer außerdem Affiliated Member of Faculty am MARIAL-Center der Emory University in Atlanta.

Center for Applied European Studies (CAES)

Das 2016 gegründete interdisziplinäre Center for Applied European Studies (CAES) an der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS) wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) gefördert und widmet sich der wissenschaftlichen und anwendungsfokussierten Reflektion des Themas Europa. Die interdisziplinäre und internationale Aufstellung von Forschung und Lehre an der Frankfurt UAS bieten eine hervorragende Grundlage, um europäische Fragestellungen zu entwickeln, zu diskutieren und Lösungen vorzuschlagen.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des CAES ist der Dialog mit der Öffentlichkeit unter Einbezug verschiedener gesellschaftlicher Perspektiven aus den Bereichen Kultur, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Mit der Vortragsreihe „Think Europe – Europe thinks“ seit 2016 oder wissenschaftlichen Symposien seit 2018 bietet das CAES regelmäßig eine öffentliche Diskussionsplattform zu europäischen Fragen, Herausforderungen und Visionen.

Das Direktorium des CAES setzt sich aus Professor/-innen der unterschiedlichen Fachbereiche der Frankfurt UAS zusammen:

Prof. Dr. Dr. Michel Friedman

Geschäftsführender Direktor

Prof. Dr. Martina Klärle

Stv. Geschäftsführende Direktorin

Prof. Dr. Susanne Koch

Prof. Dr. Ulrich Schrader

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte Daten sind
im Internet unter <http://dnb.de> abrufbar.

Schriftenreihe CAES, Band 1
Populismus! – Gefahr für die Demokratie in Europa?

Herausgeber:
Frankfurt University of Applied Sciences
Center for Applied European Studies (CAES)
Nibelungenplatz 1
D-60318 Frankfurt am Main

Gestaltung:
© Frank Muckenheim

ISBN 978-3-9820233-0-4

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
www.europe-center.de

Bildnachweis: Titel: © Grecaud Paul | Fotolia.com
Druck: Printmedia-Solutions
12/2018

ISBN 978-3-9820233-0-4

Frankfurt University of Applied Sciences

Nibelungenplatz 1

60318 Frankfurt am Main

Tel. 0 69 15 33-0, Fax 0 69 15 33-24 00

www.frankfurt-university.de